# Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Inhaltsverzeichnis	
Bearbeiterverzeichnis	
Abkürzungsverzeichnis	
Einleitung: Der Verfassungszustand der Europäischen Union	
(Haratsch / Schiffauer / Tsatsos)	1
1. Teil: Entstehungsgeschichte und die Perspektiven	11
A. Vorbemerkungen zum Verfassungscharakter – über den	
Verfassungsvertrag zum Reformvertrag (Fleiner)	15
I. Der Rechtscharakter des Reformvertrages	15
1. Verfassung oder Vertrag?	15
2. Einleitung einer neuen Epoche	16
3. Demokratie ohne demokratische Legitimation?	
4. Vertrag auf unbestimmte Zeit	
5. Ist der Vertrag von Lissabon ein "Grund-Vertrag"?	18
II. Die Chancen und Risiken der Lissabonner Vertragsrechtsgrundlage	
Frieden und Minderheitenschutz	
2. Grundrechte	20
3. Demokratie als universeller Wert	21
4. Repräsentative Demokratie	22
5. Zielsetzung der Außenpolitik	
6. Multikulturalität	
B. Zur Geschichte des Verfassungsprozesses	27
I. Von den Anfängen bis zum Vertrag von Nizza (Schiffauer)	
1. Verfassungsutopien ohne Integration	
2. Der reale Integrationsprozess ohne Verfassungsdokument	
3. Die konstitutionelle Wende des Integrationsprozesses	
II. Die Konventsmethode ( <i>Tsatsos / Schmidt</i> )	
1. Die Einordnung der Konventsidee in die institutionelle Logik	
der Europäischen Unionsgrundordnung	43
a) Momente der Vorgeschichte	
b) Die duale Legitimation der Europäischen Union	
Der Beitrag des Europäischen Parlaments zur Durchsetzung	····· + /
der Konventionsmethode	48

	3. Die "gescheiterte" EU-Verfassung	50
	4. Das Vertragsänderungsverfahren nach dem Vertrag von Lissabon	
	III. Die Verhandlungen der Regierungskonferenz über den	
	Konventsentwurf (Riedel)	55
	1. Das Verhältnis zwischen Konvent und Regierungskonferenz	
	a) Vorbereitung der Regierungskonferenz durch den Konvent	55
	b) Zeitliche Spanne zwischen Konvent und Regierungskonferenz	56
	c) Mandat der Regierungskonferenz	57
	d) Transparenz	58
	Zentrale Fragen der Regierungskonferenz	58
	a) Institutionelle Fragen	59
	b) Gottesbezug	
	IV. Vom Verfassungsvertrag zum Vertrag von Lissabon (Haratsch)	63
	1. Die Reflexions- und Neukonzeptionsphase nach dem Scheitern	
	des Verfassungsvertrags	
	2. Aushandlung, Unterzeichnung und Ratifikationsphase	
	3. Eckpunkte des Vertrags von Lissabon	
	a) Die Aufgabe des formellen Verfassungskonzepts	
	b) Das neue primäre Unionsrecht	
	c) Die Neugründung einer rechtsfähigen Europäischen Union	
	d) Institutionelle Neuerungen	
	e) Die Rechtsakte der Europäischen Union	
	f) Die verstärkte Einbeziehung der nationalen Parlamente	
	4. Fazit	71
C.	Verfassungspolitische Leitvorstellungen (Hänsch)	73
	I. Finalität	
	II. Gleichgewichte	
	1. Zwischen den Staaten	76
	2. Zwischen den Institutionen	78
	III. Paradigmenwechsel	80
	IV. Identität	
D	Methoden der Vertragsreform als Paradigma des	
ν.	Verfassungszustands der Europäischen Union (Schiffauer)	85
	I. Die Vertragsrevision nach den Bestimmungen des Reformvertrags	
	II. Perspektiven für künftige Entwicklungen der Vertragsrevision	
	11. I dispersivental ruminge Lintwicklungen der verhagstevisien	00

2. 7	Геіl: Politische, geschichtliche und verfassungskulturelle	
Vo	rgegebenheiten für das Verständnis des Reformvertrages	95
		00
A.	Kulturelle Gemeinsamkeiten Europas (Reinhard)	99
	I. Der Gegenstand und seine Problematik	
	II. Grundlagen	
	III. Die Entdeckung der Transzendenz und ihre Folgen	
	IV. Die Entdeckung der Politik und ihre Folgen	
	VI. Die Erfindung des Staates und ihre Folgen	112
	Die Verfassungsentwicklung der europäischen Staaten	
	seit dem 18. Jahrhundert (Brandt / Schlegelmilch)	
	I. Historische Voraussetzungen des Verfassungsstaats in Europa	
	II. Konzeptionelle Hinweise	121
	III. Aufgeklärter Absolutismus und ständische Monarchie als	
	Wegbereiter des europäischen Konstitutionalismus?	
	IV. Dualistischer Konstitutionalismus	
	1. Parlamentarischer Konstitutionalismus	
	2. Monarchischer Konstitutionalismus	
	a) "Charte-Konstitutionalismus"	
	b) "Deutscher Konstitutionalismus"	
	c) Direktorialer Konstitutionalismus	
	d) Föderaler Konstitutionalismus	
	e) Bonapartismus	
	V. Der Parlamentarische Verfassungsstaat im 19. Jahrhundert	
	VI. Demokratischer Parlamentarismus im 20. Jahrhundert	
	1. Demokratischer Parlamentarismus mit monarchischer Spitze	
	2. Demokratischer Parlamentarismus in der Staatsform der Republik	
	3. Semi-präsidentieller Parlamentarismus	
	4. Föderativer Parlamentarismus	
	5. Das Parteiensystem	
	VII. Das Europa der Diktaturen	
	Autoritäre und faschistische Diktaturen von Rechts	
	2. Kommunistische Diktaturen	154
	VIII. Die Durchsetzung der parlamentarischen Demokratie im Süden	
	und Osten Europas	158
	1. Die Ablösung der rechts-autoritären Regimes in Griechenland,	
	Portugal und Spanien	158
	2. Die Ablösung des "real existierenden Sozialismus"	160

C.	Zur p	politischen Identität der europäischen Staaten (Kotzur)	165
	I. W	Vas macht politische Identität(en) aus?	165
	II. Id	lentitätstexte und Identitätskontexte	168
	III. E	lemente der politischen Identität – in ihrer Wechsel-	
	b	ezüglichkeit von Union und Mitgliedstaaten	174
		usdrucksformen politischer Identität	
Ъ	Com	eineuropäisches Verfassungsrecht (Häberle)	101
υ.		er Theorierahmen	
	Ι. D	Theorieelemente des Gemeineuropäischen Verfassungsrechts	162
	1.	in seiner "gemeineuropäischen" Dimension	192
		a) Der offene, kulturbezogene Europabegriff	
		b) "Gemeinrecht" als rechtswissenschaftliche Kategorie,	162
		die Prinzipienstruktur	101
		c) Inhalte (allgemein, schichtenspezifisch)	
		bb) Insbesondere: Nationales "Europaverfassungsrecht"	187
		cc) Insbesondere: Parallele Reformvorhaben der	100
		nationalen Verfassungsstaaten	
		d) Entwicklungswege, Verfahren der Rechtsgewinnung	
	2	e) Akteure, die personale Seite	192
	2.	Theorieelemente des Gemeineuropäischen Verfassungsrechts	104
		als "Verfassungsrecht"	
		a) Das Verfassungsverständnis (das "gemischte" und kulturelle)	194
		b) Das Verhältnis von Staat und Verfassung, das "vierte"	107
		Staatselement als "erstes": die Kultur	
		c) Typische Inhalte des Gemeineuropäischen Verfassungsrechts	199
		d) Spezielle Funktionen des Gemeineuropäischen	200
		Verfassungsrechts	
		aa) Die (integrierende) Reservefunktion – die Subsidiarität	
		bb)Die Einbindung des Nationalstaates	201
		cc) Die Erleichterung der europäischen Fortbildung der	201
		nationalen Verfassungen	201
		dd) Gegensteuerung zur Idee eines "Kerneuropa"	201
		ee) Die wissenschaftliche Strukturierung der europäischen	201
		"Rechts-Kreise"	
	2	ff) Vielfalt und Einheit – das multikulturelle Europa	202
	3.	Praktische Beispielsfelder für Gemeineuropäisches Verfassungs-	201
		recht – Defizite und Reformziele	
		a) Grundrechte, Rechtsstaatlichkeit, Rechtsschutz	
		b) Europäische Verfassungsgerichtsbarkeit	
		c) Demokratie-Probleme	208

d) Strukturen vertikaler Gewaltenteilung: Föderalismus und	
(werdender) Regionalismus sowie die Kommunen	209
e) Verfahren für nationale Verfassungsreformen und dauernde	
"Europa-offenheit" bzw. "-fähigkeit" aller Verfassungsstaate	en 211
4. Ausblick: Das offene Europa	
II. Beispielsfelder ("Anknüpfungen") im Verfassungsvertrag 2004	
1. Allgemeines	
Die Präambel sowie Teil I als Reservoir für	217
Gemeineuropäisches Verfassungsrecht	215
3. Die EU-Grundrechte-Charta als Gestalt gewordenes	213
Gemeineuropäisches Verfassungsrecht	216
Sonstige Anknüpfungspunkte für Gemeineuropäisches	210
Verfassungsrecht	217
verrassungsrecht	217
E. Die europäische Verfassung: Wandel von der Markt-	
zur Werteordnung? (Häberle)	221
I. Vorfragen	221
II. Die Einzelanalyse konstitutioneller Normensembles	
in der EU als "Werteordnung"	225
1. Aussagen der Präambeln und Grundlagenartikel	
2. Grundrechtstexte als Werteklauseln, auch die	
marktbezogenen in Inhalten und Grenzen	228
3. Sonstige wertorientierte Klauseln	
III. Ausblick	
2 T. H. Di. O. H. a. I. W. f	222
3. Teil: Die Quellen des Verfassungsrechts der Europäischen Union	233
A Dia masitivan Dachtsquallan (Dishan)	225
A. Die positiven Rechtsquellen (Bieber)	235
I. Vorbemerkung	
II. Begriff des Verfassungsrechts der Europäischen Union	
III. Formen des Verfassungsrechts der Europäischen Union	
IV. Quellen des Verfassungsrechts der Europäischen Union	
1. Werte und Ziele	237
2. Regeln über das Verhältnis von Einzelnen zu der	220
Organisation und ihren Institutionen	238
3. Bestimmungen über die institutionelle Struktur	
(Errichtung, Befugnisse, Inter-Organ-Beziehungen) sowie	
die Legitimation der Hoheitsgewalt	
4. Verhältnis EU-Mitgliedstaaten (Zuständigkeitsabgrenzung)	
5. Struktur der Rechtsordnung	
6. Außenbeziehungen	242

	V. Schlussbemerkung	242
В.	Die Verfassungskultur der Mitgliedstaaten und die Gemeineuropäische Verfassungskultur (Kotzur)	245
	<ul> <li>I. Die allgemeinen Rechtsgrundsätze des Gemeinschaftsrechts</li> <li>von den mitgliedstaatlichen Verfassungskulturen zu einer</li> </ul>	
	gemeineuropäischen Verfassungskultur	245
	II. Zur Findung allgemeiner Rechtsgrundsätze – wertender	
	Rechtsvergleich als diskursgeleiteter Kulturvergleich	247
	III. Die allgemeinen Rechtsgrundsätze als Ausdruck	
	gemeineuropäischer Verfassungskultur – zwei zentrale Themenfelder	249
	IV. Die Schlussthese: Kontinuität und Dynamik gemeineuropäischer	
	Verfassungskultur	252
C.	Die Rechtsfortbildung in der Europäischen Union durch den	
	Europäischen Gerichtshof (Haratsch)	255
	I. Rechtsfortbildung als Aufgabe und Kompetenz des Europäischen	
	Gerichtshofs	255
	II. Die Methoden der richterlichen Rechtsfortbildung	257
	1. Gesetzeskonkretisierende Rechtsfortbildung durch systematische	
	und teleologische Auslegung	257
	2. Gesetzesvertretende Rechtsfortbildung durch Herleitung	
	allgemeiner Rechtsgrundsätze	
	III. Die Grenzen richterlicher Rechtsfortbildung	260
	1. Die rechtlichen Abgrenzungskriterien zur unerlaubten	
	Rechtserzeugung	260
	2. Das Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung	260
	a) Die begrenzte Organkompetenz des Europäischen	
	Gerichtshofs	260
	b) Die begrenzte Verbandskompetenz der Europäischen	
	Gemeinschaft	
	3. Das Prinzip der Subsidiarität	
	4. Das Prinzip der Verhältnismäßigkeit	
	a) Die Schließung von Rechtslücken als legitimer Zweck	
	b) Die Geeignetheit der richterlichen Rechtsfortbildung	
	c) Die Erforderlichkeit der richterlichen Rechtsfortbildung	
	d) Die Angemessenheit der richterlichen Rechtsfortbildung	
	5. Fehlende Akzeptanz als Grenze richterlicher Rechtsfortbildung?	
	IV. Fazit und Ausblick	265

4.	Teil: Konstitutionelle Prinzipien der Unionsgrundordnung	269
Α.	Einführung: Verfassungselemente in der supranationalen	
	Ordnung der Europäischen Union ( <i>López Pina</i> )	273
	I. Verfassungsgrundsätze im Vertrag, in der Rechtsprechung	
	und in der Lehre	274
	1. Der Vertrag	
	a) Art. 6 Abs. 1 Grundsätze	
	b) Art. 6 Abs. 2 Die Union achtet die Grundrechte	
	c) Art. 6 Abs. 3 EUV (Art. 4 (2) LissV) Die Union achtet	
	die nationale Identität ihrer Mitgliedstaaten	279
	2. Die Rechtsprechung	
	3. Die Diskussion in der Lehre	
	a) die Aufrechterhaltung des Status quo im Dienste der	
	Bewahrung der Staatsverfassung	284
	b) Offenheit des Staates für das Gemeinschaftsrecht bzw.	
	für den Ausbau der Mitentscheidung des Europäischen	
	Parlaments, unbeschadet der Aufrechterhaltung des Status q	uo 289
	c) Der Nichtübertragsbarkeitsgrundsatz. Dogmatische und	
	rechtspolitische Kritik	299
	II. Über strukturelle Mängel der Verträge und Grenzen der	
	herrschenden Lehre	301
	1. Die Gewährleistung der Effektivität der Grundrechte als	
	Kernaufgabe der Europäischen Union	302
	2. Die Unabweislichkeit des legislativen Ausbaus der	
	Grundrechte und der Stärkung des Europäischen Parlaments	
	III. Zu einer Theorie der europäischen Unionsgrundordnung	308
	1. Die Verfassungsüberlieferungen der Mitgliedstaaten und ihre	
	Kondensation im Begriff der gleichen Freiheit für alle	
	2. Der Grundsatz der Verfassungshomogenität	312
В.	Die EU als Föderation eigener Art (Benz)	319
	I. Föderalismus im Prozess der europäischen Integration	
	II. Vom Zweckverband zum Staatenverbund	321
	III. Die Europäische Föderation in vergleichender Sicht	322
	IV. Konstitutionelle Prinzipien der europäischen Föderation	324
	1. Kompetenzordnung	324
	2. Entscheidungsstrukturen	325
	3. Finanzordnung	327
	V. Zusammenfassung	328

C.	Das Problem des demokratischen Defizits (Lorz)	331
	I. Ausgangsanalyse	331
	Die Geltung des demokratischen Prinzips in der Union	
	2. Die Diskussion über das angebliche "Demokratiedefizit"	332
	3. Zweifel an der Diagnose	
	4. Die andere Notwendigkeit demokratischer Veränderungen	337
	II. Demokratie-Optionen	340
	Weiterleitung von Legitimität	340
	2. Repräsentativ-parlamentarisches Modell	
	3. Post-parlamentarisches "partizipatives" Modell	344
	4. Direktdemokratische Elemente	
	5. Verbesserung der Output-Legitimität	
	III. Mechanismen demokratischer Kontrolle	
	IV.Fazit	353
D.	Die europäischen politischen Parteien (Tsatsos / Schmidt)	357
	I. Vorgeschichte	357
	II. Wie kann man und warum muss man europäische politische	
	Parteien definieren?	360
	III. Wozu braucht die EU die europäischen politischen Parteien?	
	IV. Institutionelle Vorgaben über die europäischen politischen	
	Parteien durch das Statut	362
	V. Können auch einzelne Bürger Mitglieder einer europäischen	
	politischen Partei sein?	362
	VI. Rechte der Mitglieder einer europäischen politischen Partei	
	VII. Zur Zulässigkeit europafeindlicher europäischer politischer Parteien	
	VIII. Die Finanzierung der europäischen politischen Parteien	
Г	Die soziale Dimension Europas (Huster)	
C.	I. Die EU und das Soziale	
	II. Der Bestand des europäischen Sozialrechts	
	Der Bestaht des europaischen Sozialrechts      Das Freizügigkeits-Sozialrecht	
	Das Freizugigkens-Sozialrecht     Das originäre Gemeinschafts-Sozialrecht	371 372
	Das Originate Genemischarts-Sozialrecht      Das Wettbewerbs-Sozialrecht	372 373
	III. Die Veränderungen durch den Vertrag von Lissabon	
	1. Vertragsrecht	
	Soziale Rechte in der Charta der Grundrechte	
	IV. Die Zukunft des Sozialen in der EU	
	11. Die Zukumt des Soziaien in der De	570
5.	Teil: Kompetenzordnung, Organe und Zuständigkeiten	381
A.	Die (vertikale) Kompetenzverteilung (Stelzer)	385

	I. Einleitung	385
	II. Die Zuständigkeiten der Union	386
	1. Grundsätze	387
	2. Zuständigkeitsarten	390
	a) Ausschließliche Zuständigkeiten	390
	b) Geteilte Zuständigkeiten	391
	c) Unterstützende Zuständigkeiten	
	d) Besondere Kompetenzarten	392
	e) Flexibilitätsklausel	393
	f) Vertragsänderungen	394
	III. Die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit	396
	IV. Das Verhältnis zwischen Gemeinschaftsrecht und	
	nationalen Rechtsordnungen	
	V. Transformation der Staatlichkeit?	403
В	Gesetzgebung: Zuständigkeiten, Organe und Verfahren (Zemanek)	400
ъ.	I. Reformbedarf	
	II. Mehr Kohärenz	
	Der einheitliche Katalog der Gesetzgebungsakte	
	Gesetzgebung ohne "Gesetze": das terminologische	110
	Versteckspiel setzt sich fort	411
	III. Mehr Effizienz	
	Gemeinschaftsmethode des Normsetzungsverfahrens	
	Handlungsfähiger Rat	
	3. Quasi-legislative Rechtsakte	
	IV. Mehr demokratische Legitimation und Kontrolle	
	1. Die EU-Ebene	
	a) Legitimationspotenzial des Europäischen Parlaments	
	b) Bürgerinitiative	
	c) Transparenzgebot	
	d) Prüfungskompetenz des EuGH	
	2. Die nationale Ebene	
	a) Demokratische Rechenschaftsablegung der Regierungen	
	b) Unmittelbare Einbindung der nationalen Parlamente in die	
	EU-Gesetzgebung	419
C		
C.	Der Vollzug des Gemeinschaftsrechts: Organe und	421
	Zuständigkeiten (Kotzur)	
	I. Rechtsvollzug in politischen Mehrebenensystemen	
	II. Die Vollzugstypen	423
	III. Die Verpflichtung der Mitgliedstaaten zur Durchsetzung von	40.4
	Gemeinschaftsrecht, Zuständigkeits- und Organisationsfragen	424

	IV. Die Außenperspektive: Der Europäische Auswärtige Dienst	427
D.	Judikative: Organe und Zuständigkeiten (Haratsch)	431
	I. Stellung und Bezeichnung des Europäischen Gerichtshofs	431
	II. Die Struktur der Europäischen Gerichtsbarkeit	434
	1. Der Gerichtshof	434
	2. Das Gericht erster Instanz	435
	3. Die gerichtlichen Kammern	436
	III. Die Zuständigkeitsverteilung zwischen gerichtlicher Kammer,	
	Gericht und Gerichtshof	
	1. Die sachlichen Zuständigkeiten der gerichtlichen Kammer	437
	2. Die sachlichen Zuständigkeiten des Gerichts erster Instanz	
	3. Die sachlichen Zuständigkeiten des Gerichtshofs	438
	IV. Die Neuerungen durch den Vertrag von Lissabon	
	1. Die Ausweitung von Klage- und Verfahrensgegenständen	
	2. Die Subsidiaritätsklage	
	3. Der Rechtsschutz in den Bereichen GASP und PJZS	439
	4. Die Beschleunigung von Vorabentscheidungs- und Vertrags-	
	verletzungsverfahren	
	V. Der gemeinschaftsrechtliche Justizgewähranspruch	
	VI. Die komplementäre Aufgabe der mitgliedstaatlichen Gerichte	441
E.	Nationale Parlamente in der EU (Benz)	445
	I. Die nationalen Parlamente als Legitimationsquelle in der	
	europäischen Demokratie	445
	II. Die Stellung der nationalen Parlamente in der	
	Verfassungsordnung der EU	447
	Beteiligung in der EU-Politik	
	2. Ratifikation von Vertragsänderungen	
	3. Umsetzungen von europäischem Recht in nationale	
	Gesetze	450
	4. Subsidiaritätskontrolle	451
	III. Anpassung der parlamentarischen Institutionen und Verfahren	
	Veränderungen in den nationalen Regierungssystemen	
	2. Interparlamentarische Zusammenarbeit	
	IV. Ausblick	
6	Teil: Grundrechte und Grundfreiheiten	457
٥.	Ton. Grandicente una Grandifentellett	7.7
A.	Die Grundrechte (Papadimitriou)	459
	I. Einleitung	
	II. Die Grundrechte in der Europäischen Verfassung	

	III. Die drei Pfeiler	460
	1. Die Charta	461
	2. Die EMRK	462
	3. Die gemeinsamen Verfassungsüberlieferungen	463
	4. Sonstige Bestimmungen	463
	5. Werte	464
	IV. Die Artikulierung	464
	1. Das Unionssystem	
	2. Die "angeliehenen Systeme"	
	3. Das neue Vorbild	
	V. Schlussfolgerungen	467
B.	Die Grundfreiheiten (Kotzur)	469
-	I. Die Grundfreiheiten als Basis des Binnenmarktes und	
	Verfassungsbausteine für das konstitutionelle Europa	469
	II. Die Typisierung der Grundfreiheiten, ihr Anwendungsbereich	
	und ihre Schutzgehalte	472
	1. Typisierung	472
	2. Anwendungsbereich	
	3. Schutzgehalte	474
	III. Funktionen und dynamischer Funktionswandel der	
	Grundfreiheiten	475
	IV. Grundfreiheiten und Gemeinschaftsgrundrechte	
	V. Grundfreiheiten und Unionsbürgerschaft	478
7.	Teil: Die wesentlichen Verfassungsentscheidungen	
	des Reformvertrages	481
Α.	Die Neuerungen des Vertrages von Lissabon im Bereich der	
	Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik (Schiffauer)	483
	I. Konsolidierung der Europäischen Union als einheitliches	
	Subjekt der Außenpolitik	484
	II. Klärung der Grundsätze und Ziele des auswärtigen Handelns	
	III. Institutionelle Innovationen	
	1. Der Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik	488
	Die Europäische Verteidigungsagentur	
	IV. Handlungsermächtigungen und Beschlussfassungsverfahren	492
	V. Gesamtbetrachtung	
B	Die Entwicklung im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	
<b>D</b> .	I. Die Fortschritte in Zivilsachen ( <i>Bray</i> )	
	Die Potschiltte in Zivisachen ( <i>Bray</i> ).      Entstehungsgeschichte und geltendes Recht	
	1. Emischangsgeseinene und genendes Recht	サクフ

2. Die Neuerungen des Vertrages von Lissabon	504
II. Die Entwicklung in Strafsachen (Kaiafa-Gbandi)	
1. Grundmerkmale der modernen Entwicklung des Strafrechts	
in der EU	511
2. Der Verfassungsvertrag, der neue Aufbau der Union und die	
Identität ihrer Zuständigkeiten	
3. Das allgemeine Ziel der Union im Bereich des Strafrechts	
4. Der Inhalt der Unionszuständigkeiten im Bereich des Strafrechts	
a) Die Regelungen über das Strafprozessrecht	
b) Die Regelungen über das materielle Strafrecht	519
c) Die Regelungen über die Organe der Union im Bereich	
der Strafverfolgung	
5. Der Grundrechtsschutz	525
6. Die Herausforderungen für das Strafrecht des 21. Jahrhunderts	
im Rahmen der EU	526
8. Teil: Verstärkte Zusammenarbeit	531
A. Die Herausbildung flexibler Lösungen in der Geschichte des	
Integrationsprozesses (Schiffauer)	
I. Voraussetzungen	
II. Verfahrensregeln	538
B. Chancen und Risiken (Schiffauer)	540
C. Die verstärkte Zusammenarbeit nach den Bestimmungen des Vertrags	515
von Lissabon (Schiffauer)	
D. Bewertung (Schiffauer)	547
9. Teil: Die Zugehörigkeit zur Union	549
7. Tell. Die Zugenorigkeit zur Ollion	
A. Materielle Voraussetzungen zum Beitritt und der Austritt (Bieber)	551
I. Vorbemerkung	
II. Beitritt	
III. Austritt	
B. Bisherige Beitrittsverfahren (Merli)	
I. Die EU als Erweiterungsgemeinschaft	
II. Die Bedeutung bisheriger Beitritte für die Grundordnung der Union	561
C. Künftige Erweiterungen als Herausforderung an die EU (Landfried)	567
I. Die politischen Grenzen der EU	

## Inhaltsverzeichnis

II. Die europäische Unionsgrundordnung als Rahmen für Erweiterungen .	568
III. Die Integrationsfähigkeit der Kandidatenländer	569
IV. Die Integrationsfähigkeit der EU	572
V. Der Umgang mit Gleichheit und Differenz als Herausforderung künftiger Erweiterungen	574
Literaturverzeichnis	577
Stichwortregister	639